

# Was wir wissen wollen...

## Interesse der Bürger:innen an öffentlichen Informationen

Julia Trautendorfer/Lisa Schmidhuber/Dennis Hilgers

Was machen, wie arbeiten und welche Entscheidungen treffen öffentliche Organisationen und aus welchem Grund? Die Nachfrage nach öffentlichen Dokumenten und Informationen ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Immer mehr Bürger:innen fordern Einsicht in politisch-administrative Vorgänge und Entscheidungsprozesse. Digitale Informationsplattformen können eine wichtige Rolle dabei spielen, diesem Ruf nach besserer staatlicher Transparenz entgegenzukommen. Sie bieten eine Möglichkeit, öffentliche Informationen und Dokumente einfach online zugänglich zu machen, und Bürger:innen dabei zu unterstützen, gewünschte Informationen zu erlangen. Dies kann dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung zu stärken sowie die Interaktion zwischen den beiden Akteuren zu fördern. In diesem Artikel wollen wir die Nachfrage nach öffentlichen Informationen besser verstehen und untersuchen die Anfragen der Bürger:innen, die über die österreichische Informationsfreiheitsplattform FragdenStaat gestellt werden. Die Ergebnisse zeigen, welche Themen für Bürger:innen besonders interessant sind, an wen die Anfragen adressiert sind und wie öffentliche Organisationen auf die Anfragen reagieren.

prozesse, Funktionsweisen und Leistungen der Organisation geben. Zu dieser Veröffentlichung können zum einen gesetzliche Regelungen verpflichtet, zum anderen teilen Organisationen auf freiwilliger Basis öffentliche Informationen. Im Sinne der Prinzipal-Agent-Theorie können Organisationen des politisch-administrativen Systems durch die Informationsbereitstellung Rechenschaftspflicht gegenüber Geldgeber:innen ablegen. Des Weiteren werden diese Daten für die Entwicklung von neuen Dienstleistungen wie beispielsweise mobile Anwendungen verwendet, so dass Transparenzbestrebungen mit erhöhtem Innovationspotenzial einhergehen können<sup>2</sup>. Schließlich können transparente Informationen das Vertrauen der Bürger:innen in den öffentlichen Sektor stärken<sup>3</sup>.

Viele Organisationen erkennen die Vorteile, die mit einer „offenen Organisation“ verbunden sind, sodass diverse öffentliche Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Beispiele dieser aktiven Transparenz sind Haushaltsdaten der Kommunen oder ein Videostream der Bundestagsitzung. Dennoch scheinen nicht alle öffentlichen Informationen, die für Bürger:innen von Interesse sind, zugänglich zu sein, weswegen so genannte Freedom-of-Information-Plattformen sich einer zunehmenden Beliebtheit erfreuen. Über diese Plattformen haben Bürger:innen die Möglichkeit, eine Anfrage nach einer Infor-



**Julia Trautendorfer**  
Universitätsassistentin  
am Institut für Public und  
Nonprofit Management  
der Johannes Kepler  
Universität Linz.

### Aktive Transparenz und der Ruf nach Daten

Digitale Technologien bieten neue Möglichkeiten für öffentliche Organisationen, Informationen mit diversen Stakeholdergruppen zu teilen und zu mehr Transparenz beizutragen<sup>1</sup>. Beispielsweise können Organisationen über die eigene Website oder über Open-Data-Portale Einblicke in Entscheidungs-



**Lisa Schmidhuber**  
Assistant Professor  
am Institut für  
Public Management  
& Governance der  
Wirtschaftsuniversität  
Wien.



**Prof. Dr. Dennis Hilgers**  
Universitätsprofessor  
und Institutsvorstand des  
Instituts für Public und  
Nonprofit Management  
der Johannes Kepler  
Universität Linz.

- 1 Fischer/Kraus 2020; Hilgers 2012; Moon 2020; Wirtz/Birkmeyer 2015
- 2 Mergel et al. 2018.
- 3 Schmidhuber et al. 2023.

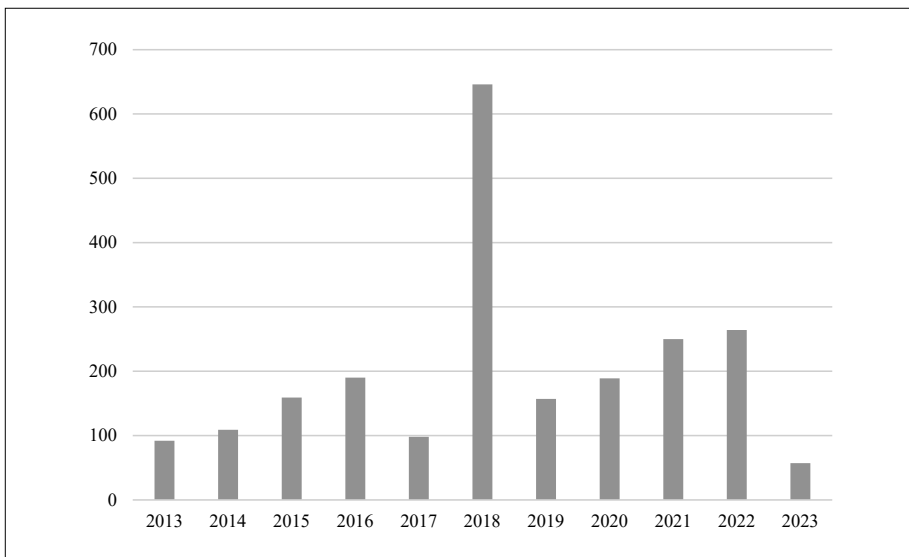


Abb. 1: Anfragen der Bürger:innen im Zeitraum 2013-2023 (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von FragdenStaat.at, Download am 8. März 2023)

mation zu stellen, welche vom Plattformbetreiber – zumeist eine NGO – an die zuständige Stelle weitergeleitet wird. Bei einer erfolgreichen Anfrage wird die Antwort, und somit die Informationen oder Dokumente, nicht nur mit der Person, die die Anfrage gestellt hat, geteilt, sondern auch mit anderen Plattformbesucher:innen. Falls eine Information nicht öffentlich geteilt werden kann oder die angefragte Stelle die Information nicht besitzt, wird diese ‚negative‘ Antwort ebenfalls auf die Plattform gepostet und ist folglich öffentlich einsehbar.

## Empirische Analyse: Frag den Staat

Um die Nachfrage nach öffentlichen Informationen besser zu verstehen, untersuchen wir Anfragen nach dem Auskunftspflichtgesetz<sup>4</sup>, die über die österreichische Plattform „FragDenStaat.at“ gestellt werden. Die Plattform wurde 2013 von der NGO Forum Informationsfreiheit (zuvor Initiative Transparenzgesetz.at) implementiert und unterstützt Interessierte beim Stellen einer Anfrage. Nicht nur die Anfrage, sondern auch die Antworten der öffentlichen Stelle werden transparent dokumentiert. Es ist also möglich, die gesamte Kommunikation einzusehen. Ähnliche Initiativen sind das Schwesternprojekt in Deutschland „FragDenStaat“, das britische Freedom-of-Information-Portal „What Do They Know“ oder das Projekt für die EU-Ebene „Ask the EU“.

Insgesamt wurden bisher 2.211 Anfragen nach öffentlichen Informationen über die Plattform gestellt. Das Balkendiagramm in Grafik 1 veranschaulicht die Häufigkeitsverteilung der Anfragen im Zeitraum ab der Bereitstellung der Plattform 2013 bis zum 8. März 2023 (Datum des Downloads der Daten). Die Anzahl der Anfragen pro Jahr ist leicht steigend, wobei die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Anfragen im Jahr 2018 (vor allem in den Monaten April und Mai) auf eine Kampagne zur Wahl in Niederösterreich zurückzuführen ist.

## Themen der Anfragen: Nachfrage nach Information

Themen, die österreichische Bürger:innen beschäftigen, und die Informationen, nach denen online gesucht werden, sind vielfältig. Um der Frage nachzugehen, was die Bürger:innen eigentlich wissen wollen und wo öffentliche Informationsnachfrage herrscht, haben wir die Anfragen auf der Plattform bezüglich ihres Inhaltes untersucht. Dazu wurde ein Themenmodellierungsverfahren (*topic modeling*) angewandt, welches basierend auf den verwendeten Wörtern pro Anfrage, jede Anfrage einem übergeordneten Thema zuordnet. Die zugrundeliegende Methode dafür ist unter *latent Dirichlet Allocation* (IDA) bekannt – eine Methode des maschinellen Lernens, welche die Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Wort in einem Dokument (in diesem Fall eine Anfrage) von einem bestimmten Thema stammt, berech-

net und dieses Dokument anschließend dem Thema zuordnet<sup>5</sup>. Das Ziel von IDA ist es daher, die Verteilung von Themen in einem Dokumentensatz zu finden. Als Ergebnis entsteht eine Liste an unterschiedlichen Themen mit den jeweils am besten zu einem Thema passenden Wörtern (*top terms*). Diese Methode zur Kategorisierung und Analyse von Textdokumenten in zugrundeliegende Themenblöcke wurde schon an Informationsanfragen in Mexiko<sup>6</sup> oder Petitionen in den Vereinigten Staaten<sup>7</sup> angewandt.

Im konkreten Fall der Informationsanfragen der Plattform „FragdenStaat“ wird eine Anfrage als ein Dokument definiert. Da das Verfahren auf Wahrscheinlichkeiten basiert, kann eine Anfrage auch mehreren Themen zugeordnet werden, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass die Anfrage zu einem Thema passt, der Wahrscheinlichkeit für ein weiteres Thema entspricht. In Tabelle 1 (s. nächste Seite) sind die 20 häufigsten Wörter (*top terms*) pro Themenkategorie aufgelistet. Tabelle 1 zeigt auch, wie viele Anfragen den einzelnen Themen zugeordnet werden können. 251 Anfragen passen zu mindestens zwei Themen und wurden daher mehreren Themengebieten zugeordnet. Ausgehend von den Top-Wörtern jedes Themenblocks und einer zusätzlichen qualitativen Analyse von 50 zufällig ausgewählten Anfragen pro Thema durch die Autor:innen wurden die Themen benannt.

## Angefragte Organisationen und Abhandlung von Anfragen

Tabelle 2 gibt einen Überblick über den Status der Anfragen. 58 Prozent der Anfragen wurden von den angesprochenen Behörden erfolgreich bzw. teilweise erfolgreich beantwortet. Das bedeutet, dass die angefragte Information zumindest teilweise bereitgestellt

4 Bundesgesetz vom 15. Mai 1987 über die Auskunftspflicht der Verwaltung des Bundes und eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 (Auskunftspflichtgesetz) (Fassung vom 28.04.2023; <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000916>).

5 Mehr dazu zum Beispiel in Blei et al. 2003; Phan et al. 2008 und Roberts et al. 2014.

6 Berliner et al. 2018; Berliner et al. 2021.

7 Hagen et al. 2015.

Themen	Anzahl der Anfragen	Top-Wörter
1. Individuelle Themen	223	Österreich, Gesetz, Reisekosten, neu, Journalist, Übernahme, Berufstitel, zugelassen, erfolgt, Regel, Medizin, Grenzüberschreitung, verbringen, Konvention, Kraftfahrzeug, seit, Arzneimittel, Person, Liste, Inhaltstoffe, fremd
2. Lobbying, öffentliche Verträge, Politiker:innen	177	Daten, Speicherung, Gema, Hypo, Abfragen, Kommunikation, Einstufung, ekis, anfragen, personenbezogen, Vorratsdaten, WEGA, Lichtbild, über, Auswertung, Polizei, Schülerinnen, Weiterführung, Gemeinde, Berufstitel, Bedarf
3. Infrastruktur, Bauplanung, Vergabe	205	Wien, Vertrag, Universität, Graz, Biologie, Salzburg, Stadt, Tier, Teilnahme, GmbH, acta, Verhandlungsrunde, Studium, Bauplan, Errichtet, Medizin, Bachelorstudium, Steiermark, über, Bericht, Grundlage
4. Transparenz, Open Data, Statistiken	212	Rang, Information, Gutachten, Projekt, Stellungnahme, Bund, Jahr, Person, Vordernberg, Informationsfreiheitsgesetz, Unterschied, Rettungsgutachten, Flugreise, Oktober, Tat, Polizei, Verdacht, Autobahn, Termin, Miete, schmelzen
5. Gesundheit, Covid-19	246	Covid, Corona, Test, Impfung, Statistik, fragen, Impfstoff, Anzeige, Daten, öffentlich, Verordnung, sowie, Stgb, Todesfall, konnte, Maske, Infektion, Maßnahme, Maskenpflicht, Mensch, betreffen
6. Politische Parteien	222	Forderung, Partei, der, Fraktion, Klub, ausbezahlt, Studie, Beinschab, Gemeinderatsklub, Betreff, beim, Parlament, Einsicht, Landwirtschaft, Bundestrojaner, Sabine, hohe, Industriehanf, thca, Gemeinde, Auftrag
7. öffentliche Ausgaben, Kosten, Kontrolle	229	Anzahl, Wien, Österreich, Auskunft, Bezug, über, Zahl, Schule, Kosten, züchten, Polizist, Liste, Kind, Microsoft, Demonstration, Bereich, Flüchtling, Richtlinie, Ausgabe, Maßnahme, hohe
8. Datenschutz, Digitales, div. Studienergebnisse	241	Österreich, Studie, Windows, Ergebnis, Covid, Auskunft, Aktion, neu, Einsatz, Zentralmatura, Traiskirchen, Wortlaut, Austrian, kiras, kosten, Data, Open, international, übertragen, Republik, Sprengelene
9. öffentliche Ausgaben, Beschaffung	177	Kosten, Vorarlberg, Polizei, anders, Hohenweil, treffen, digital, Interessensvertretung, grün, Bundesheer, Zustand, Kabinett, Novelle, Thema, Kontrolle, Beschaffung, beim, erklären, Außenministerium, Flächenwidmungsgebiet, Software
10. Wahlen	530	Landtagswahl, Streichung, Wählerregister, Zentral, Polizeidrohne, Kommission, Unterlagen, Ministerium, Bodycam, Halbautomatisch, Europa, Gleichbehandlungskommission, Pröll, Kinderbetreuungsgeld, Anfragen, Entwicklungspolitik, Niederösterreich, Biontech, Akademieförderung, pauschal, Eurofighter

Tab. 1: Ergebnisse aus IDA: Themen und die häufigsten Wörter (Quelle: FragdenStaat.at, Download am 8. März 2023, eigene Analyse)

Status	Anzahl der Anfragen
Anfrage (teilweise) erfolgreich beantwortet	1.279
Anfrage abgelehnt	144
Anfrage abgelehnt, weil Informationen nicht vorhanden	133
Antwort auf Anfrage verspätet	477
Anfrage zurückgezogen	19
Anfrage aufgrund von Kosten zurückgezogen	4
In Bearbeitung	155
Summe	2.211

Tab. 2: Anfragen der Bürger:innen nach Status der Bearbeitung (Quelle: Frag den Staat; Download am 8. März 2023)

wurde. 277 Anfragen, das entspricht 12,5 Prozent, wurden von Seite der öffentlichen Organisation abgelehnt, wobei 133 Anfragen davon abgelehnt wurden, weil entsprechende Informationen nicht vorhanden waren. Stellt

jemand eine Anfrage, wird diese mit einer Frist für die Beantwortung der Anfrage versehen. Auf 477 Anfragen bzw. 22 Prozent wurde verspätet bzw. gar nicht reagiert. 19 Anfragen wurden vom Antragsteller zurückgezogen

oder wegen der mit der Veröffentlichung der Informationen verbundenen Kosten zurückgezogen. 155 Anfragen waren zum Zeitpunkt der Datenerhebung in Bearbeitung.

Die auf der Plattform geteilten 2.211 Anfragen wurden an 628 verschiedene öffentliche Organisationen gestellt. In Tabelle 3 sind jene Organisationen ersichtlich, die am häufigsten über die Plattform kontaktiert wurden. Die meisten Anfragen, nämlich 287, bekam das Bundesministerium für Inneres, gefolgt vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Pflege. Vorwiegend werden Anfragen an die Bundesministerien gestellt und die Stadtverwaltung Wien, die größte in Österreich. Von den 2.093 österreichischen Gemeinden erhielten 536 jeweils eine Anfrage über die Plattform.

#	Organisation	Anzahl der Anfragen
1	Bundesministerium für Inneres	287
2	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz	240
3	Bundesministerium für Justiz	95
4	Bundesministerium für Finanzen	95
5	Bundeskanzleramt	93
6	Bildungsministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung	84
7	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	79
8	Stadt Wien	65
9	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten	50
10	Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft	43
11	Bundesministerium für Landesverteidigung	37

Tab. 3: Häufig angefragte Organisationen (Quelle: Frag den Staat; Download am 8. März 2023)

Zuständigkeit (Jurisdiction)	Anzahl der Anfragen
Bund	1.311
Niederösterreich	575
Wien	80
Steiermark	61
Oberösterreich	42
Kärnten	30
Salzburg	28
Vorarlberg	25
Tirol	24
Burgenland	19
Unbekannt	16

Tab. 4: Zuständigkeit (Quelle: FragdenStaat.at; Download am 8. März 2023)

Tabelle 4 gibt Auskunft über den Zuständigkeitsbereich der angefragten Behörden. Während ein Großteil der Anfragen (1.311 bzw. knapp 60 Prozent) an Bundesbehörden und öffentliche Stellen, deren Verfassung und Zuständigkeiten auf Bundesebene geregelt sind, gerichtet war, wurden auch Organisationen auf Landesebene wie Gemeinden, Bezirksverwaltungsbehörden oder Landesregierungen angefragt. Mit 575 Anfragen wurden die Behörden des Bundeslandes Niederösterreich am häufigsten kontaktiert.

## Diskussion

Dieser Artikel veranschaulicht, inwieweit Bürger:innen digitale Informationsplattformen

verwenden, um Einsicht in Dokumente und Zugriff auf öffentliche Informationen zu erhalten. Das Stellen von Anfragen über Informationsfreiheitsplattformen ermöglicht es den Bürger:innen, im Sinne der Prinzipal-Agenten-Theorie ihr Recht auf Kontrolle auszuüben und öffentliche Organisationen zur Rechenschaft zu ziehen. Während im Sinne der aktiven Transparenz öffentliche Informationen proaktiv von öffentlichen Organisationen geteilt werden, können Behörden auf die Nachfragen der Bürger:innen via Informationsplattformen reagieren.

In diesem Artikel untersuchen wir dieses Interesse der Bürger:innen nach öffentlichen Informationen sowie die Antwort der ange-

fragten Organisationen, um die Interaktion zwischen Bürger:innen und Behörden beim Thema Transparenz besser zu verstehen. Die Ergebnisse zeigen, dass für Bürger:innen unter anderem folgende drei eng miteinander verwobene Themen besonders relevant sind und häufig nachgefragt wurden: „Wahlen“ (Thema 10), „Politische Parteien“ (Thema 6) sowie „öffentliche Ausgaben, Kosten, Kontrolle“ (Thema 7). Die Nachfrage nach solchen Informationen deutet auf ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit für potenziell nicht nachvollziehbare Praktiken auf Regierungsebene und den Wunsch hin, potenziell korrupte Prozesse aufzudecken<sup>8</sup> und Kontrolle auszuüben. Dieses Phänomen spiegelt sich auch im Interesse der User an öffentlichen Aufträgen und an Informationen zu Budget, Finanzen und Haushalt wider. Eine ebenfalls große Informationsnachfrage gibt es beim Thema Gesundheitspolitik, vor allem im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen politischen Entscheidungen. Zudem zeigt die qualitative Analyse der Anfragen, dass digitale Informationsfreiheitsplattformen oft auch für reine Auskunftsbegehren zu administrativen Erledigungen oder Beantragung von Beihilfen verwendet werden.

Die Anfragen ergehen vor allem an Bundesministerien. Bürger:innen sind somit vorwiegend an Informationen oder öffentlichen Dokumenten interessiert, die von Bundesorganisationen bereitgestellt werden. Diese Art von Informationen betreffen daher den gesamten Zuständigkeitsbereich des Bundes, das heißt ganz Österreich und nicht nur die Bürger:innen eines bestimmten Bundeslandes oder einer Gemeinde. Dies spiegelt sich auch in der Gesamtzahl der Anfragen an Bundesorganisationen im Vergleich zu den Landesorganisationen wider. Eine genauere Untersuchung der unterschiedlichen Themen, an denen die Bürger:innen interessiert sind, verdeutlicht latente Zusammenhänge. Ein beträchtlicher Teil der Anfragen ging an das Bundesministerium für Inneres sowie an das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, was bei Betrachtung der Anzahl an Anfragen zu einerseits Wahlvorgänge und andererseits

<sup>8</sup> Vgl. Berliner et al. 2018.

Gesundheitsthemen – spezifisch bezüglich der Covid-19-Pandemie – schlüssig erscheint.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass mehr als die Hälfte der Anfragen (teilweise) erfolgreich beantwortet wurden. Nur etwas weniger als ein Viertel aller Anfragen über die Plattform blieb gänzlich unbeantwortet. Obgleich einige Anfragen mit der Begründung abgelehnt wurden, dass Informationen nicht zur Verfügung gestellt werden, ist zu erwähen, dass diese Anfragen dennoch beantwortet und nicht gänzlich ignoriert wurden.

In Österreich gilt zwar Auskunftspflicht, jedoch gibt es bis dato (noch) kein einheitli-

relative Anteil an unbeantworteten Anfragen ebenfalls, dass die Verantwortlichen der Beantwortung von Informationsanfragen hohe Relevanz zuschreiben und Beantwortungsprozesse in österreichischen öffentlichen Organisationen grundsätzlich effizient ablaufen.<sup>11</sup>

### Ausblick

Während es natürlich möglich ist, Informationsanfragen direkt per Mail oder Post bzw. auch über soziale Medien an öffentliche Organisationen oder Politiker:innen und Beamt:innen zu senden, erfreut sich der Austausch über Plattformen wachsender

können. Dies ist besonders relevant, da Studien der Transparenzforschung gezeigt haben, dass Männer<sup>14</sup> oder Personen, die angegeben haben, besondere Expertise zu besitzen<sup>15</sup>, in der Beantwortung von Informationsanfragen bevorzugt werden. Des Weiteren können die angefragten öffentlichen Organisationen mit Hilfe der Plattform die Anfragen einfacher verwalten und teilweise auch mehrere gleichartige Anfragen gleichzeitig beantworten. Dadurch können Prozesse effizienter gestaltet und die Transparenz nachhaltig erhöht werden, was zu einer Steigerung der Reputation und des Vertrauens führen kann<sup>16</sup>. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite von einer verstärkten Nutzung digitaler Informationsfreiheitsplattformen profitieren und diese wesentlich zur Erhöhung der Transparenz beitragen können. Abschließend wäre eine gelebte aktive Transparenz für beide Seiten wohl die effizienteste Vorgehensweise, da diese die Nachfrage nach einer Veröffentlichung von Informationen sowie die Beantwortung von Anfragen obsolet machen würde, da öffentliche Informationen ohne Nachfrage geteilt werden.

## »Sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite profitieren von einer verstärkten Nutzung digitaler Informationsfreiheitsplattformen.«

ches Informationsfreiheitsgesetz. Falls angefragte Informationen nicht vorhanden sind, ist die Behörde laut Auskunftspflichtgesetz nicht verpflichtet, zusätzliche Recherche zu betreiben, um die Information bereitzustellen<sup>9</sup>. Die dennoch hohe relative Zahl der erfolgreich oder teilweise erfolgreich beantworteten Anfragen kann daher als Indikator für ein gewisses ‚freiwilliges‘ Engagement der öffentlichen Stellen für Transparenz interpretiert werden. Dieser Trend zu einer höheren „culture of transparency“ durch freiwillige Offenlegung ist auch international feststellbar<sup>10</sup>. Umgekehrt zeigt der geringe

Beliebtheit<sup>12</sup>. Laut Angaben der deutschen Schwesternseite FragdenStaat.de<sup>13</sup> werden in Deutschland bereits mehr als die Hälfte aller Anfragen über die Plattform gestellt. Informationsfreiheitsplattformen bieten eine geeignete und niederschwellige Möglichkeit, mit Behörden in Kontakt zu treten. Außerdem ermöglicht die Kommunikation über die Plattform trotz der öffentlichen Einsehbarkeit eine anonyme Interaktion. Dies kann vor allem für die Anfragenden von Vorteil sein, da eventuelle diskriminierende Praktiken aufgrund der Identität der Antragsteller:innen reduziert bzw. gänzlich vermieden werden

9 Balthasar 2019.

10 Wagner 2021, S.46.

11 Vgl. Balthasar 2019.

12 Schmidhuber et al. 2022.

13 <https://fragdenstaat.de/informationsfreiheit/> (zuletzt aufgerufen am 30.03.2023).

14 Rodriguez/Rossel 2018.

15 Michener et al. 2020.

16 Schmidhuber et al. 2019.

**Literatur**

- Balthasar, A. (2019): Special Report: Access to Information held by Public Authorities – Austria; in: Dragos, D.C./Kovač, P./Marseille, A.T. (Hrsg.): *The Laws of Transparency in Action*, Basel, S. 205-253.
- Berliner, D./Bagozzi, B.E./Palmer-Rubin, B. (2018): What information do citizens want? Evidence from one million information requests in Mexico; in: *World Development* 109, S. 222-235. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2018.04.016>.
- Berliner, D./Bagozzi, B. E./Palmer-Rubin, B./Erich, A. (2021): The Political Logic of Government Disclosure: Evidence from Information Requests in Mexico; in: *The Journal of Politics* 83(1), S. 229-245.
- Blei, D./Ng, A./Jordan, M. (2003): Latent dirichlet allocation; in: *The Journal of Machine Learning Research* 3, S. 601-608.
- Fischer, C./Kraus, S. (2020): Digitale Transparenz; in: Klenk T./Nullmeier F./Wewer G. (Hrsg.): *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung*, Wiesbaden, S. 159-170, [https://doi.org/10.1007/978-3-658-23668-7\\_14](https://doi.org/10.1007/978-3-658-23668-7_14).
- FragdenStaat (2023): Informationsfreiheit; <https://fragdenstaat.de/informationsfreiheit/> (Abruf am 30.03.2023).
- Hagen, L./Uzuner, O./Kotfila, C./Harrison, T.M./Lamanna, D. (2015): Understanding Citizens' Direct Policy Suggestions to the Federal Government: A Natural Language Processing and Topic Modeling Approach; in: *Proceedings of the 48th Hawaii International Conference on System Sciences (HICCS) 2015*, S. 2134-2143, <https://doi.org/10.1109/HICSS.2015.257>.
- Hilgers, D. (2012): Open Government: Theoretische Bezüge und konzeptionelle Grundlagen einer neuen Entwicklung in Staat und öffentlichen Verwaltungen; in: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 82(6), S. 631-660, <https://doi.org/10.1007/s11573-012-0571-2>.
- Mergel, I./Kleibrink, A./Sörvik, J. (2018): Open data outcomes: U.S. cities between product and process innovation; in: *Government Information Quarterly* 35(4), S. 622-632, <https://doi.org/10.1016/j.giq.2018.09.004>.
- Michener, G./Velasco, R.B./Contreras, E./Rodrigues, K.F. (2020): Googling the requester: Identity-questing and discrimination in public service provision; in: *Governance* 33(2), S. 249-267, <https://doi.org/10.1111/gove.12416>.
- Moon, M.J. (2020): Shifting from Old Open Government to New Open Government: Four Critical Dimensions and Case Illustrations; in: *Public Performance & Management Review* 43(3), S. 535-559, <https://doi.org/10.1080/15309576.2019.1691024>.
- Phan, X.H./Nguyen, L.M./Horiguchi, S. (2008): Learning to classify short and sparse text & web with hidden topics from large-scale data collections; in: *Proceedings of the 17th international conference on World Wide Web*, Beijing, China, S. 91-100.
- Roberts, M.E./Stewart, B.M./Tingley, D./Lucas, C./Leder-Luis, J./Gadarian, S./Albertson, B./Rand, D. (2014): Structural topic models for open ended responses; in: *American Journal of Political Science* 58(4), S. 172-178.
- Rodríguez, R.P./Rossel, C. (2018): A field experiment on bureaucratic discretionary bias under FOI laws; in: *Government Information Quarterly* 35(3), S. 418-427, <https://doi.org/10.1016/j.giq.2018.06.001>.
- Schmidthuber, L./Hilgers, D./Randhawa, K. (2022): Public crowdsourcing: Analyzing the role of government feedback on civic digital platforms; in: *Public Administration* 100(4), S. 960-977, <https://doi.org/10.1111/padm.12811>.
- Schmidthuber, L./Stütz, S./Hilgers, D. (2019): Outcomes of open government: Does an online platform improve citizens' perception of local government?; in: *International Journal of Public Sector Management* 32(5), S. 489-507, <https://doi.org/10.1108/IJPSM-02-2018-0056>.
- Schmidthuber, L./Willems, J./Krabina, B. (2023): Trust in Public Performance Information: The Effect of Data Accessibility and Data Source; in: *Public Administration Review* (forthcoming), <https://doi.org/10.1111/puar.13603>.
- Wagner, A.J. (2021): Inherent Frictions and Deliberate Frustrations: Examining the Legal Variables of State FOI Law Administration; in: *The Journal of Civic Information* 3(2), S. 29-49, <https://doi.org/10.32473/joci.v3i2.127815>.
- Wirtz, B.W./Birkmeyer, S. (2015): Open Government: Origin, Development, and Conceptual Perspectives; in: *International Journal of Public Administration* 38(5), S. 381-396, <https://doi.org/10.1080/01900692.2014.942735>.